

Epilog

Lisa Herzog zur Zukunft von Märkten

Jörg Gertel & Lisa Herzog¹

J.G.: *Lisa, ich würde Dich gerne bitten wollen, eingangs Dich und Deine Arbeit kurz vorzustellen und darauf einzugehen, was Dich am Thema der Getreidemärkte interessiert.*

L.H.: Ich bin von Haus aus Ökonomin und Philosophin und habe sehr lange daran gearbeitet, wie Märkte und andere ökonomische Institutionen aus philosophischer Sicht überhaupt zu denken sind und wie sie normativ bewertet werden können. Eine große Herausforderung ist dabei, dass in der Ökonomie mit abstrakten Modellen gearbeitet wird, die einem eher den Blick für die Unterschiedlichkeit von Marktstrukturen und anderen ökonomischen Institutionen verstellen, als dass diese beleuchtet würden (vgl. Herzog 2021). Ich bin im Laufe der Zeit immer stärker dazu übergegangen, eher Wirtschaftssoziologie, Wirtschaftspsychologie und auch Wirtschaftsethnographie zu lesen, wenn ich versuche, aus philosophischer Sicht auf ökonomische Phänomene zu schauen, weil diese Literatur wirklich näher an den Phänomenen dran ist. Eine grundlegende Frage stellt sich allerdings trotzdem: Was ist mit systemischen Effekten, die besser mit abstrakteren Theorien oder Modellen zu erfassen sind? Ich finde, dass die Philosophie gut daran tut, empirische Erkenntnisse und das konkrete Material so gut wie möglich mit zu berücksichtigen, auch in anderen Kontexten. Ich habe selbst auch empirische Feldforschungen unternommen: Interviews, Feldbeobachtungen etc., was im Moment in der Philosophie so ein bisschen am Kommen ist (Herzog & Zacka 2019). Und Nahrungsmittelmärkte

¹ Der folgende Dialog zwischen Lisa Herzog (L.H.) und Jörg Gertel (J.G.) fand am 2.1.2023 online statt. Hierzu gab es eine Vorbesprechung, in der wir möglich Fragen ausgelotet haben. Aus der Audio-Aufzeichnung wurde von Lea Marie Kläsener ein Transkript erstellt. Diesen Text haben wir im Nachgang sprachlich überarbeitet und geglättet, sowie Literaturverweise eingefügt.

sind natürlich in der Hinsicht ein besonders spannendes Thema, weil ganz klar ist: Da geht es um essenzielle Güter und damit immer auch um ganz grundlegende und stark moralisch geprägte Fragen und nicht nur um irgendwelche Luxusdinge, die man vielleicht so oder anderes regeln könnte. Wie geht eine Gesellschaft damit um, dass – wie Ihr das ja untersucht – weite Teile der Bevölkerung dieser Unsicherheit ausgesetzt sind? Was sind dann Märkte, was sind die ganzen Institutionen um sie herum – das finde ich sehr, sehr spannend.

J.G.: Bei den globalen Getreidemärkten kommen zunächst zwei Dynamiken zusammen: Zum einen die wechselnden internationalen Verbindungen von Produktion und Handel. Dabei zeigt sich, dass wir von einem globalen Hinterland ausgehen müssen, indem Märkte wirksam werden. Weizen für nordafrikanische Städte wie Kairo wird nicht nur in Ägypten produziert, sondern in Australien, den USA und Kanada sowie in Frankreich und in den letzten Jahren vor allem in Russland und der Ukraine. Zum anderen beobachten wir eine Verschiebung der Marktmacht. Nicht mehr die klassischen Handelshäuser wie Cargill oder Bunge sind allein für die Lieferung und die Preisbildung von Getreide verantwortlich, sondern nach der Jahrtausendwende zunehmend die Finanzmärkte und Banken, die wie Goldmann Sachs in den USA oder die staatliche Vneschtorgbank (VTB) in Russland in den Handel eingreifen; und dann, in den 2010er Jahren treten neue Techniken wie der Hochgeschwindigkeitshandel und andere technisierte Verfahren wie Algorithmen und wiederum neue Akteure etwa Virtu Financial hinzu.

Die erste Frage an Dich bezieht sich daher auf die Bedeutung von Verantwortung: Bei langen, eben teilweise weltumspannenden Handlungsketten beziehungsweise Konstellationen von Interaktionen, wie sie in den Finanzmärkten und den Warenketten des Getreidehandels auftreten, fällt die gesellschaftliche Verantwortung auseinander, sie fragmentiert sich. Grundsätzlich gefragt: Wie können solche Märkte aus moralphilosophischer Sicht – das ist Dein Schwerpunkt – gerechtfertigt werden? Wie kann es gelingen, fragmentierte Verantwortung, die oft firmenintern durch Geheimhaltung, Rechenschaftsverpflichtungen und routinierte Verwaltungsabläufe geprägt sind, in größere Verantwortungsbereiche wieder einzubinden? Also, wie weit ist dies in den vorherrschenden neoliberalen Ökonomien überhaupt möglich? Wo bestehen Ansatzpunkte und was müsste grundsätzlich geändert werden? Vielleicht kannst Du am Schluss sogar darüber sprechen, welche Formen der Haftung denkbar und sinnvoll sind?

L.H.: Ich möchte zunächst eine grundsätzliche Unterscheidung aufmachen, wie Märkte und Moral zusammengedacht werden können, auch um ein simples Markt-Bashing zu verhindern. Man kann auf zwei Arten über das Verhältnis

von Markt und Moral nachdenken. Eine ist, dass man davon ausgeht, dass es innerhalb von Märkten eine Art interne Moral gibt, die sich in Begriffen wie Reziprozität oder Fairness oder im direkten »Sich kümmern« um die Belange der anderen Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer fassen lässt. Das ist denkbar, wenn die Märkte klein sind und die Akteurinnen und Akteure sich kennen und wenn entsprechende soziale Normen gelten. Wenn ich beispielsweise in einem kleinen Ort mit einem Handwerker zu tun habe, und der liefert nicht gut, dann muss ich nicht zwingend vor Gericht ziehen, sondern ich kann aushandeln, dass er nachbessert, einfach weil klar ist, dass seine Reputation vor Ort auf dem Spiel steht. In diesem Modell geht man davon aus, dass sich die Akteure im Markt an die gleichen moralischen Standards halten müssen, die wir auch in anderen Lebensbereichen voneinander erwarten. Und dass es eine unzulässige Ausrede wäre, zu sagen: ich trete hier als Marktakteur auf und deswegen muss ich diese Standards nicht einhalten.

Das Problem ist, dass diese Art interner Moral auf globalen großen Märkten nur sehr schwer anwendbar ist. Beziehungsweise: Wir leben in einer Welt, in der die Institutionen einfach seit Jahrzehnten davon ausgegangen sind, dass das sowieso nicht nötig und vielleicht auch nicht möglich ist. Deswegen kann man nicht annehmen, dass hier die gleiche Art von Nahbereichsmoral vorliegt, sondern wenn überhaupt, dann müssen solche Märkte darüber gerechtfertigt werden, dass man sagt, die erzeugen als System positive Auswirkungen auf die Gesellschaft, also so eine Art systemische Moral. Und die Argumente, die dann angeführt werden, sind, dass Märkte effizient sein können und niedrigere Preise als Monopole erzeugen. Oft ist die Rechtfertigung² dann auch recht simpel: Die Märkte liefern dieses Ergebnis, dass Produkte von A nach B gelangen und so weiter, sie leisten also diese praktische Aufgabe.

Allerdings ist es so, dass viele reale Märkte diese systemische Moral nicht wirklich verkörpern, die eine theoretische Rechtfertigung bieten würde. Du hast oben Finanzmärkte angesprochen. Da ist das regulative Rahmenwerk so lückenhaft und weist meines Erachtens so viele Probleme auf, dass man da nur noch feststellen kann: Es ist eine Ideologie zu sagen, die Finanzmärkte müssen in genau der jetzigen Form existieren und sie leisten damit der Gesellschaft einen optimalen Beitrag.

Lange Zeit bestand die Annahme – Stichwort Neoliberalismus – dass Märkte diesen systemischen Beitrag umso besser leisten, je weniger sie reguliert sind. Aber das ist meines Erachtens ein falsches Argument. Denn die

² Zur »Rechtfertigung« siehe Boltanski & Thevenot (2007).

Modelle, die diese positiven Effekte zeigen, haben mit der sozialen Wirklichkeit oft wenig zu tun. Erst indem die staatliche Regulierung die Bedingungen der Modelle in der Wirklichkeit ungefähr annähert, kommt man dahin, dass man sagen kann: Ja, okay, jetzt liegt hier wirklich ein kompetitiver Markt vor, der dafür sorgt, dass die Kundinnen und Kunden zum niedrigsten möglichen Preis versorgt werden können (siehe auch Herzog 2023, Kap. 7). Das, was im Lehrbuch steht und diese Rechtfertigung liefert, muss in der Wirklichkeit erst erzeugen werden – dies ist dann oft ein sehr komplexes Zusammenspiel von unterschiedlichen Rechtsnormen, auch sozialen Normen, die erst eine Annäherung an das, was das Modell einen Markt nennen würde, hervorbringen.

Der Staat entwirft die Institutionen des Marktes und sorgt dafür, dass die hoffentlich systemisch positive Auswirkungen haben – so zumindest die Vorstellung, die ja gerade auch im deutschen Ordoliberalismus eine große Rolle gespielt hat, der wiederum die Schaffung des europäischen Marktes beeinflusst hat. Aber dieses Modell kommt in der heutigen Welt an seine Grenzen: wir haben globale, globalisierte Märkte, wie z.B. die Getreidemärkte, und keine globale Marktaufsicht, sondern wir haben nationale Regierungen – teilweise stimmen die sich untereinander ab, aber an vielen Stellen werden sie auch gnadenlos von den globalen Firmen gegeneinander ausgespielt.

In den letzten Jahren gab es beispielsweise die Diskussion über die Angleichung der Mindestbesteuerung auf Firmengewinne zwischen den OECD-Ländern. Allein das war schon unglaublich schwierig, obwohl doch anzunehmen wäre, dass es im Interesse dieser Länder sein müsste, sich zu einigen. Aber es ist offenbar schwierig. Das heißt, wir haben eine Situation, in der ganz oft die Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer, die eigentlich reguliert werden müssten, die Regeln selber mit setzen, und auch einfach ihre historische Präsenz und ihr Wissen über bestimmte Märkte nutzen, um die Politik zu beeinflussen. Um mit einer berühmten Sportmetapher zu kommen: ist es dann so, dass quasi die Spielerinnen und Spieler die eigenen Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter sind. Und dann setzen sich die Stärkeren oft gegen die Schwächeren durch, auf eine Art und Weise, die moralisch sehr problematisch ist.

J.G.: Du hast diesen Gegensatz aufgemacht zwischen interner Moral bei kleinräumigen Wirtschaftskreisläufen und der systemischen Moral, die eher größere Gefüge wie etwa Finanzmärkte beschreiben sollte. Das finde ich ausgesprochen hilfreich. In und nach der Finanzkrise 2008 ist allerdings offensichtlich geworden, dass selbst innerhalb einzelner Banken, von denen angenommen werden könnte, das sind Beispiele für kleine, interne Kreise – dass dort deutlich wurde, dass bestimmte Abteilungen, die beispielsweise im

Derivategeschäft unterwegs waren, Verfahren angewendet haben, die kaum jemand anders innerhalb der eigenen Bank verstanden hat. Selbst die interne Aufsicht war oft kaum in der Lage entsprechende Transaktionen nachzuvollziehen und hat, wenn überhaupt, nur bedingt verstanden, mit welchen Konsequenzen diese Praktiken in die Gesellschaft hineingewirkt haben. Diese Beobachtung würde doch die beiden analytischen Positionsebenen der internen und systematischen Moral auflösen, die würden da zusammentreffen. Sollten sie daher relational gedacht werden?

L.H.: Da würde ich zustimmen. Es ist aber ziemlich klar, dass die Rechtfertigungen, die dafür vorgebracht wurden, dass man, komplett ohne jede Frage nach Verantwortung, auf Gewinnmaximierung aus ist, aus dem systemischen Bild stammten. In der Finanzwelt kam noch ein Faktor dazu: man hat sich deutlich verabschiedet von dem Bild, in dem Bankerinnen und Banker ein Fürsorglichkeitsverhältnis (*Fiduciary Duties*) gegenüber den Kundinnen und Kunden haben. Im Gegenteil, es wurde davon ausgegangen: Jede und jeder muss selber wissen, was er oder sie tut im Markt, und wenn dann die andere Marktseite nicht versteht, was sie kauft oder was sie für Risiken auf sich nimmt, dann ist es deren eigene Schuld.

Es ist eine interessante Perspektive, dass mit Informationen – mit der Verfügbarkeit von Informationen – sehr, sehr viel gerechtfertigt wird, wenn es um Märkte geht. Und zwar deswegen, weil es eine liberale Grundüberzeugung, ist zu sagen: Wenn die Leute wissen, was sie tun, und niemanden Dritten schaden, dann sollen sie doch machen! Dabei wird eine ziemliche Überhöhung der Informationsverarbeitungsfähigkeiten vieler Akteure – Privatpersonen, aber teilweise auch kleinerer Firmen – angenommen; und damit wird alles gerechtfertigt, bei dem die Personen irgendwann einmal zugestimmt haben und das irgendwo im Kleingedruckten stand, etwa dass sie dieses oder jenes Risiko auf sich nehmen. Das ist natürlich hochgradig problematisch. Auch in vielen Endverbraucherverträgen hat man dieses Problem, dass eben die Märkte so komplex geworden sind, dass es im Alltag nicht mehr zu bewältigen ist, sich überall so hinreichend zu informieren, wie man es eigentlich müsste. Und dann hofft man, dass die Märkte schon irgendwie hinreichend reguliert sind und dass jemand anders die Firma verklagt hat, wenn die etwas Unanständiges gemacht haben sollte. Aber das ist auch wieder so eine Art und Weise, wie dann Verantwortung und Haftung – das war ja auch Teil Deiner Frage – von den Firmen weggeschoben werden.

Meines Erachtens bräuchte man wieder eine sehr viel stärkere Inhaftungsnahme vieler Firmen. Dafür ist auch folgender Punkt relevant, ich weiß aller-

dings nicht, ob der für den Getreidehandel so zentral ist: Viele Firmen sind ja eigene juristische Personen. In diesem Fall haftet niemand mit dem eigenen Privatvermögen, wenn so eine Firma pleitegeht. Die Haftung bezieht sich auf die Aktien, sie können ihren Wert verlieren bis zur kompletten Entwertung, aber niemand haftet zusätzlich mit dem eigenen Häuschen, oder was auch immer an sonstigem Privatvermögen existiert. Wenn das der Fall ist, dann bedeutet es, dass in der juristischen Anlage dieser Konstrukte bereits ein Haftungsdefizit existiert und tendenziell zu viel Risiko eingegangen wird. Gerade in Finanzmärkten hat man bei einigen der großen Banken sehen können, dass die von einem Partnerschaftsmodell mit persönlicher Haftung zu einem Modell mit beschränkter Haftung übergegangen sind – und dann wurde ihr Risikohunger unermesslich (siehe z.B. Mandis 2013).

Die klassische Markttheorie geht davon aus, dass Haftung mit dem eigenen Vermögen einer der Mechanismen ist, der Markakteure in Schach hält. Wenn ich weiß, wenn ich Leute betrüge oder irgendwie schlechte Ware liefere, dann muss ich juristisch dafür haften – das kann natürlich eine stark inhibierende Wirkung haben. Das ist aber in vielen Marktpraktiken überhaupt nicht mehr der Fall. Firmen sind oft sehr gewieft darin, in ihren Verträgen mit anderen eben alles Mögliche auszuschließen; das ist ein weiterer Zusammenhang, bei dem Verantwortlichkeit komplett weggeschoben wird.

Um den Elefanten im Raum anzusprechen – man könnte die Frage stellen: Sollten wir einzelne Getreidehändlerinnen und -händler dafür verantwortlich machen, wenn irgendwo auf der Welt Hunger auftritt? Da muss man sich schon die Frage stellen: Kann so eine Verantwortung angesichts der Komplexität dieser Märkte zugeschrieben werden? Ist das etwas, was man von den Märkten und Markakteurinnen und -akteuren alleine erwartet, oder muss diese Verantwortung eher im Zusammenspiel von Märkten und anderen Institutionen getragen werden? Vielleicht sollte man die Markakteurinnen und -akteure viel stärker besteuern, damit von ihnen Gewinne wieder etwas in die Gesellschaft zurückfließt – das schon! Aber ich weiß nicht, ob es von der Komplexität her zu bewältigen wäre, zu sagen: Irgendein Händler, der jetzt vielleicht in Chicago an der Derivatenbörsen sitzt, ist kausal verantwortlich und juristisch haftbar dafür, was in irgendeinem Dorf, sagen wir in Ägypten, passiert. Da ist die Komplexität so hoch, dass es auch juristisch schwierig wird, das zu fassen. Da müsste man dann, glaube ich, eher auf der systemischen Ebene fragen, wo werden Gewinne erzeugt, die vielleicht zu hoch sind, vielleicht auch, weil die Märkte gar nicht so kompetitiv sind, wie sie es nach Effizienzargumenten sein sollten. Man muss sich bei Märkten immer dessen

bewusst sein, dass sie ein sehr spezifisches Instrument sind. Man sollte nicht zu viel von ihnen erwarten, wie das im neoliberalen Zeitgeist getan wurde. Der zentrale Aspekt ist hier: wie ergänzen sich Märkte, die sinnvoll reguliert werden, mit anderen Institutionen? Und wie können dadurch zentrale moralische Ziele wie z.B. Nahrungsmittelsicherheit, erreicht werden? Und welche Märkte brauchen wir dafür, welche vielleicht auch nicht?

J.G.: Eine Frage, die wir uns auch stellen müssten, wäre dann die, dass wir angesichts zunehmender technologischer, besonders informationstechnologischer Dynamiken nicht mehr an den alten Bildern von Regulation festhalten dürfen, sondern, wie wir neue Formen der Regulation entwickeln können? Eine andere Denkfigur, die Haftung im Kontext der »Nahbereichsmoral« ins Spiel bringt, ist die der moralischen Ökonomie³, die hinsichtlich der Verpflichtungsaspekte neu zu denken wäre. In unserem Grundgesetz steht die Aussage »Eigentum verpflichtet«. Ist es dann so, dass wenn Eigentumsanteile oder Bündel von Eigentumsanteilen gehandelt werden, jeweils eine ganz bestimmte Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft daran hängt? Selbst wenn das nur in ganz kleinen Temporalitäten, in sehr schnellen kleinen Zeiteinheiten, von sich geht wie im Hochgeschwindigkeitshandel, ist dann trotzdem eine Verpflichtung damit verbunden? Ein solches Verpflichtungskonzept müsste – so Deine Argumentation – sehr viel systematischer gedacht werden wie bisher. Sollten wir also in die Regulation dieses komplexen Transaktionsfeldes einsteigen, sowohl was die temporale Dimension als auch was die Distanzen, also die räumliche Dimension, angeht?

L.H.: Ich würde zu hundert Prozent zustimmen: diese Verantwortungsdimension ist im deutschen Grundgesetz angelegt. Sie ist innerhalb Europas von der Grundhaltung her auch viel stärker ausgeprägt als im angelsächsischen Raum, wo eher ein Locke'sches Eigentumsverständnis vorherrscht, nach dem Motto: Wenn ich mir das irgendwie erarbeitet habe, dann gehört das mir und der Staat hat damit nichts zu tun (z.B. Nozick 1974).

In Europa ist stärker die ideengeschichtliche Vorstellung vorherrschend, die ich auch einfach für sachlich angemessener halte, dass nämlich alle Eigentumsformen letztlich politisch sind und durch Politik und durch Gesetze entstehen. Man kann nicht sagen: Erst sind da ich und meine Arbeit und ich erwirtschafte irgendetwas, und dann kommt der Staat. Sondern dass ich etwas erwirtschaften kann, findet erst in dem Rahmen statt, der durch die Gesellschaft und durch staatliches Handeln und durch einen Rechtsrahmen aufge-

³ Siehe hierzu Thompson (1971) sowie für Nahrungsmärkte in Nordafrika Gertel (2014).

spannt wird. Und insofern stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit Eigentumsrechten innerhalb dieses Rahmens um?

Was mir in der Debatte immer wieder auffällt, ist, dass Eigentum so reifiziert wird, als ob es nur einen Typus Eigentum gäbe. Wenn man feststellen würde, dass das Eigentum von großen Firmen anders behandelt werden könnte als beispielsweise das Eigentum an meinem persönlichen Familienalbum, dann wären wir einen riesigen Schritt weiter. Denn es wäre ein Zugeständnis, dass wir nicht bei allen Eigentumsformen auch die gleichen Begründungen verwenden können – etwa dafür, wieso das jetzt privat oder vielleicht nicht privat oder stark bzw. weniger stark besteuert sein sollte. Es wird oft implizit angenommen, dass zum Beispiel Aktien, die in einem Pensionsfonds liegen, der von einer Bank gemanagt wird, mit der man sonst im Alltag nichts zu tun hat, vergleichbares Eigentum wären zu einer Kaffeetasse, die man konkret in der Hand hält und täglich verwendet.

Das ist einfach nicht die Wirklichkeit, in der wir leben. Wir haben überhaupt nicht die Kapazität, um uns mit diesen hochgradig vermittelten indirekten Eigentumsformen so weit zu beschäftigen. Insofern: da muss systemisch gedacht werden, aber ich bin auch voll und ganz der Meinung, dass da mehr Verantwortung mit reingebraucht werden muss und viel stärker eben auch dieses Bewusstsein dafür, dass man dieses Eigentum nur haben kann, weil man in einem gesellschaftlichen Zusammenhang steht.

J.G: Ich finde das eine sehr kluge Überlegung an einer weiteren Ausdifferenzierung des Eigentumsbegriffs zu arbeiten, um verschiedene Formen des Eigentums auch benennen zu können; und zwar so, dass auch andere wissen, was damit gemeint ist. Das passt sehr gut zur Frage im Hinblick auf Technologie und Digitalisierung: Transaktionen im Finanzwesen, die auch Agrarrohstoffe umfassen, finden zunehmend im Nanosekunden-Bereich statt. Das wird im Handel als Hochgeschwindigkeitshandel gefasst. Was bedeutet, Transaktionen laufen schneller ab als das, was wir Menschen unter Echtzeit verstehen, also wie wir handeln und operieren, selbst wie wir denken und wie wir Schlussfolgerungen ziehen können. Das kann allein von Maschinen, also in dem Fall von Algorithmen ausgeführt und von Menschen, selbst in Maschinen-Mensch-Assemblagen, nur noch bedingt kontrolliert werden. Von der einen Seite wird festgehalten, dass durch Hochgeschwindigkeitshandel erst die notwendige Liquidität im Markt entstehe. Von der anderen Seite wird die rein spekulative Seite der Arbitrage-Gewinne herausgestellt, die nur privatisierte Gewinne kennt, aber keinerlei gesellschaftlichen Zugewinn hervorbringe. Jetzt zur Frage: Was rechtfertigt überhaupt diesen digitalen Handel? Und inwieweit passt das Bild von digitalen Diktaturen in diesem Zusammenhang? Wird hiermit nicht

erneut vor allem die Staatlichkeit als Ursache von Ungleichheit, und im vorliegenden Fall Nahrungsunsicherheit, in den Blickpunkt gerückt? Impliziert das nicht einen Fokusverlust auf wirtschaftliche Akteure? Wie also wäre konzeptionell anzusetzen, um Verursacher von digital ermöglichter Ausbeutung, so nennen wir das mal, die auf kleinste temporale Preisunterschiede setzen, zu fassen? Wo liegen mögliche Schnittstellen der Politikwissenschaft zur Analyse realer Märkte und asymmetrischer Preisbildungsprozesse?

L.H.: Ich würde zwei Punkte unterscheiden. Zum ersten der digitale Handel durch Algorithmen. Da würde ich zunächst eine Juristinnen-und-Juristen-Antwort geben: »Es kommt darauf an.« Ich glaube, es wäre falsch zu sagen, die Algorithmen per se sind böse, die Technik ist schuld, sondern es kommt darauf an, wie sie gesteuert und programmiert sind und wofür sie eingesetzt werden. Im Moment werden sie dafür eingesetzt, das Abschöpfen in immer schnelleren Rhythmen von winzig kleinen Preisunterschieden zu gewährleisten. Das nimmt teilweise Formen an, dass Computer-ausgelesene-Nachrichten dann bereits schneller zu Handelsschritten führen, als ein menschliches Hirn das jemals verarbeiten könnte.

Eine zentrale Frage ist: Was rechtfertigt das? Das Argument dahinter war immer und ist wahrscheinlich bis heute: Je mehr Handel stattfindet, umso liquider ist ein Markt. Aber ich sehe einfach nicht, dass dieses Argument auch bei Nanosekunden plausibel ist. Letztlich wird hier Geld aus dem System abgezogen, das dann auf die eine oder andere Weise irgendwo anders im System ja auch fehlen muss. So ein Handel ist ein Nullsummenspiel. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Verluste letztlich von den schwächsten Marktakteuren getragen werden; zum Beispiel eben von Endverbraucherinnen und Endverbrauchern – dass die letztlich mitbezahlen dafür, dass hier noch durch den Hochfrequenzhandel Geld aus dem System gezogen wird.

Ich habe bisher noch keinen Ökonomen, keine Ökonomin gefunden, die mir eine Antwort auf die Frage geben konnte, was denn eigentlich verkehrt dran wäre, wenn man nur noch im Viertelstundentakt handeln würde oder von mir aus im Minutentakt. Das ist ja immer noch sehr viel schneller als alles, was mit wirklich großen realwirtschaftlichen und lebensweltlichen Veränderungen einhergehend würde. Selbst bei so etwas wie ein plötzliches Gewitter, das etwa die Ernte zerstören kann, und die Nachrichten, die dann darüber in alle Welt reisen, so etwas dauert – also, die Zeiteinheit Nanosekunden ist hier wirklich komplett die falsche Ebene. Wenn ich jetzt eine Lösung anspreche, würde ich sagen, es sollte einfach staatlich verboten werden, diese Gewinne abzuschöpfen.

Mit empirischer Forschung könnte wahrscheinlich festgestellt werden, wie diese beiden Argumente, die Du genannt hast, also einerseits die Liquidität für Märkte, andererseits das spekulativen Abschöpfen von Wert, sich die Waage halten und welche zeitlichen Rhythmen am sinnvollsten sind. Ein anderer Faktor ist ja auch, dass in diesem Hochfrequenzhandel teilweise Blasen entstehen, diese *Flash-Crashes*, von denen keiner so genau weiß, wo sie herkommen oder inwieweit sich mehrere Algorithmen ineinander verhaken. Das sollte natürlich verhindert werden.

Wenn ich auf den zweiten Punkt kommen darf, dass nämlich Algorithmen auch anders eingesetzt werden könnten – um jetzt mal etwas in Richtung Utopie zu denken – so ist eine Frage, ob wir uns nicht auch vorstellen könnten, dass in Zukunft Algorithmen nicht von Marktakteuren, die Gewinne erzeugen, verwendet werden, um möglichst noch mehr Gewinne zu erzielen, sondern ob sie nicht auch dafür eingesetzt werden könnten, das zu leisten, was der Marktmechanismus leisten soll, nämlich Angebot und Nachfrage auf effiziente Art und Weise zusammenzubringen. Wir würden dann diese Gewinnabschöpfung gar nicht mehr benötigen, weil das auf einer rein technischen Ebene, durch Datenverarbeitung, geleistet werden könnte.

Das wirft jede Menge neuer Fragen auf, auch nach der Machtkonzentration, die dadurch entstünde. Was passiert etwa, wenn der eine große Server, auf dem diese Algorithmen zusammengeführt würden, gehackt würde? Aber ich fände es schade, wenn die Kritik an der derzeitigen Form der Technik den Blick dafür verstellen würde, dass diese Technik vielleicht auch anders eingesetzt werden könnte, etwa für dezentrale Austauschprozesse, wirklich zugunsten der Endverbraucherinnen und Endverbraucher, aber auch fair zu den Produzierenden. Oder eben den Ersatz von Märkten durch andere Formen von Allokationsmechanismen. Hier denke ich, müssen wir weiterdenken, wo das in Zukunft hinführen kann, ohne die Algorithmen an sich zu verteufeln.

J.G.: Ich finde es inspirierend darüber nachzudenken, dass Technik per se erst einmal nicht gut oder schlecht ist, sondern das dies immer damit zu tun hat, wer und wie die handelnden Personen und Interessen sind und wie man die Technik, als normative Referenz, gemein- und gewinnbringend für die Gemeinschaft einsetzen kann. In der Tat gibt es ja Börsen, die versuchen, einen entschleunigten Handel anzubieten, damit der Hochgeschwindigkeitshandel überflüssig wird.⁴ Das heißt also: Wenn wir Technologie

⁴ Hierzu zählt etwa die Investors Exchange (IEX) Wertpapierbörsse in den Vereinigten Staaten. Sie wurde 2012 gegründet, um die Auswirkungen des Hochfrequenzhandels

so denken, dass wir sie von der Fortschrittsidee entkoppeln, dass nämlich je schneller wir technisch werden, desto fortschrittlicher seien wir als Gesellschaft, und wir stattdessen lernen müssen zu sagen: Wir machen technologische Fortschritte erst in dem Moment, indem wir das immer wieder am Gemeinwohl messen. Wenn das ausgeblendet bleibt, dann dürften wir das auch nicht als Fortschritt beschreiben. Es ist eine Technologisierung, aber sicherlich kein Fortschritt, der im gesellschaftlichen Sinne für uns alle gewinnbringend wäre.

L.H.: Das ist eine sehr grundsätzliche Frage, die Du da berührst, und zwar insofern, als wir eine sehr tief sitzende Denkgewohnheit haben zu sagen: Alles, was irgendwie Effizienz steigert, ist Fortschritt. Aber Effizienz muss ja immer noch genauer ausgeführt werden: effizient für wen und in Bezug worauf? Effizient heißt, dass irgendetwas ohne Verschwendug dafür eingesetzt wird, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Das sagt nichts über Verteilung, das sagt nichts darüber, was die Ziele eigentlich sind, und es sagt nichts über die Machtverhältnisse. Ich glaube, eine ganz wichtige Art und Weise, wie man besser über Märkte und deren Design und auch über technischen Fortschritt nachdenken könnte, wäre zu fragen: Ist denn das, was hier passiert und was sich hier verändert, mit unseren demokratischen Werten vereinbar? Du hast es Gemeinwohl genannt, ich würde auch sowas wie Autonomie der Einzelnen, aber immer aller Einzelnen, nicht nur der mächtigsten Markakteure, mit reinnehmen. Grundsätzlich wäre mein Argument zu sagen, wir müssen da, wo wir bislang immer sagen, Effizienz ist die Rechtfertigung, stattdessen die Werte der Demokratie einsetzen und fragen: Ist das ein technischer Schritt, der unsere demokratischen Werte befördert oder eher unterminiert? Und genauso auch in Bezug auf Marktregulierung. Und dann ist natürlich die Frage: wie kann sowas umgesetzt werden?

Wir haben in vielen Ländern der Welt Systeme, die zumindest nominell demokratische Politik haben. Da klappt in der Wirklichkeit nicht alles perfekt, aber immerhin gibt es das Prinzip »eine Person, eine Stimme« – aber wir haben auch eine kapitalistische Wirtschaft. Und die Einhegung des Kapitalismus durch die Demokratie gelingt zunehmend weniger, wenn Märkte von sehr wenigen großen Firmen beherrscht werden, wenn die auch Wissen zurückhalten und keine Transparenz da ist und man überhaupt nicht weiß, was man da regulieren müsste.

abzumildern (vgl. Lewis 2016). Am 24. Oktober 2017 erhielt sie von der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) die Zulassung für die Notierung von Unternehmen.

Die Frage, wie Gesellschaften mit Wissen umgehen ist einer der Knackpunkte im Kampf zwischen Demokratie und Kapitalismus (vgl. Herzog 2022; 2023). Demokratie erfordert eine freie Zirkulation von vielen Formen von Wissen, nicht nur als Voraussetzung für kollektives Handeln, sondern auch, um die Mächtigen zur Verantwortung zu ziehen. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch – und das ist vielleicht noch wichtiger – wissenschaftliche Expertinnen und Experten, NROs und Parlamentsabgeordnete müssen in der Lage sein, frei auf Wissen zuzugreifen und es zu diskutieren, auf Wissen, das für politische Fragen von der Produktregulierung bis zur Finanzplanung relevant ist. Der Kapitalismus hingegen verleitet die Akteure dazu, einer Logik der engen, kurzfristig orientierten Gewinnmaximierung zu folgen. Diese Logik erzeugt einen Druck zur strategischen Nutzung von Wissen, zum Nachteil derjenigen, die weniger wissen. Deshalb muss der Rolle der Unternehmen als epistemische Akteure unsere Aufmerksamkeit gelten.

Das heißt in diesem Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus ist es entscheidend, dass man auch Transparenzanforderungen an einzelne Akteure stellt. Und da sind Algorithmen und algorithmische Systeme oft ein Problem, weil die aufgrund von Geschäftsgeheimnissen und teilweise Patenten oder ähnlichem oft geheim gehalten werden. Es gibt den Begriff der *black box societies* (Pasquale 2015), in der an immer mehr Stellen undurchsichtige Algorithmen Entscheidungen treffen – das ist zutiefst undemokatisch. Dann kann es auch nicht gelingen zu sagen, wir versuchen die Technologie in den Dienst demokratischer Werte zu stellen, weil wir nicht wissen, was die Technologie ist und was sie tut. Da, glaube ich, muss sich sehr viel ändern.

J.G: *Da kommt der Transparenzbegriff auch ziemlich an eine Grenze. Bisher hätte man denken können, dass in dem Moment, in dem alle Informationen vorliegen, dass dies Transparenz bedeutet. Wird dies aber kombiniert mit der Geschwindigkeit wie Informationen gehandelt werden und wie durch diesen Handel Praxis verändert wird, was oft nicht mehr reversibel ist, dann wird es problematisch. Dann wäre Transparenz im Kontext der Transaktionsgeschwindigkeit von Informationen neu zu denken.*

L.H.: Ja – Du hast vorhin den Begriff Assemblage oder Mensch-Maschine-Assemblage verwendet. Wissens- und Datenverarbeitung findet ja in solchen Assemblagen statt, und da stellen sich dann ganz viele Fragen danach, wer weiß was, wer *müsste* was wissen, um etwas entscheiden zu können? Da ist wieder einen Bezug zu den ganzen Haftungs- und Verantwortungsfragen, die Du vorhin gestellt hastest, denn: Ich muss ja wissen, wer wofür verantwortlich ist, da-

mit ich jemanden haftbar machen kann. Oft haben die Firmen kein Interesse, Dinge offen zu legen, weil sie ihrer Konkurrenz nicht ihre Daten geben wollen. Das Argument hat eine gewisse Plausibilität – eine gewisse; aber das kann nicht das letzte Wort sein, weil sonst die Demokratie ihren Anspruch aufgibt, zu sagen: Letztlich müssen die Spielregeln der Märkte und der Wirtschaft von der demokratischen Politik gesetzt werden.

J.G.: *Das ist eine Überleitung zu der anderen Grenze mit der wir uns beschäftigen müssen. Mit den wachsenden digitalen Informationen gehen massiv steigende Energieverbräuche einher. Ganz oft ist das kaum nachhaltig. Gleichzeitig hängt unserer aller Zukunft von einer nachhaltigeren Nutzung von Energie ab, was nur bedingt durch technische Verfahren zu erreichen sein wird. Donna Haraway (2016) etwa bescheinigt dem Glauben an technische Lösung, also sogenannten Techno Fixes, wie sie das sagt, eine generelle Absage. Hier steht also die Marktinfrastruktur bei den Getreidemärkten auch im Blick. Die Märkte, wie etwa der zunehmend privatisierten Börsen- und Finanzindustrie, nehmen sich bisher aus diesem Diskurs heraus. Marktakteure klassifizieren das wenn überhaupt als Rahmenbedingungen, die als Transaktionskosten eingepreist werden. Die Frage wäre also: Möchten wir das wirklich weiter erlauben? Wie sind digitale Marktinteraktionen so zu verändern, dass sie in Zukunft weniger energieintensiv, dafür aber nachhaltiger verlaufen? Wo stehen wir da Deiner Meinung nach?*

L.H.: Ich möchte auch hier gerne wieder zwei Aspekte anführen. Das eine ist, dass der Fokus auf Technik oft eigentlich ein Ablenkungsmanöver ist oder zumindest so gebraucht werden kann – um nämlich von institutionellen Fragen und Macht-, Interessens- und Verteilungsfragen abzulenken. Also wer hat wirklich etwas davon, dass es bestimmte technische Veränderungen gibt? Es gibt diese alte lateinische Wendung, *cui bono*, also wem nützt etwas? Ich glaube, in Bezug auf Technik und die noch stärkere Digitalisierung von Einrichtungen oder davon, dass die Märkte digital besser funktionieren würden, muss immer diese Frage gestellt werden: *cui bono*, wer hat wirklich was davon? Und ist es wirklich insgesamt gerechtfertigt?

Was stattdessen viel häufiger gemacht werden sollte, ist die Frage nach Funktionalitäten zu stellen, also: welche gesellschaftliche Funktion hat ein bestimmter Markt? Braucht es ihn überhaupt? Vielleicht ist er zwar ein schickes digitales Spielzeug, aber welchen gesellschaftlichen Sinn hat er denn? Und auch: Was ist das Verhältnis von Primär- und Sekundärmärkten? Mit sekundär meine ich – oft spekulative – Märkte in Derivaten, die vielleicht an manchen Stellen eine gewisse Versicherungsfunktion haben können, wo es

allerdings immer einen Gegenpart braucht, der ins Risiko geht. Im Vergleich zu den Primärmärkten sind die aber inzwischen an vielen Stellen überproportionaliert. Ich bin überzeugt davon, dass wir weg müssen von der Annahme, dass es an allen Stellen und immer grundsätzlich legitim ist, neue Märkte einzuführen, nur weil es irgendwie geht und weil man vielleicht neue Daten oder neue Technologien hat, mit denen man handeln könnte.

Die zweite Dimension, die damit auch verbunden ist, dass die Energienutzung digitaler Technologien – übrigens auch von Kryptowährungen – bisher ziemlich wenig im Blick war, bezüglich dessen, was sie an Energie fressen. Für Bitcoin wurde es manchmal diskutiert, dass dieses ganze *Mining* ja einen extrem hohen Energieverbrauch hat, so viel wie ganze Länder. Ich glaube, einer der Gründe dafür ist, dass immer noch dieses Paradigma vorherrscht, dass mehr Information irgendwie besser ist, und alles, das ›digital‹ ist, wird immer noch gehypt. Man erzeugt mehr Daten, mehr Informationen und kann dann irgendetwas, irgendwie effizienter gestalten – das ist die Annahme. Und die Annahme ist auch, dies sei den zusätzlichen Energieverbrauch dann schon wert.

Aber das ist in der heutigen Welt überhaupt nicht mehr zu sagen. Und zwar deswegen, weil wir wissen, dass Energienutzung zu billig ist, einfach weil die Schäden für jetzige und zukünftige Generationen immens sind. Die ökonomisch saubere Antwort an der Stelle wäre, Energienutzung richtig zu bepreisen, also mit CO₂-Besteuerung, die dann entsprechend auch höher werden müsste, je mehr Energie verbraucht wird. Dann würde sich das auch wieder einpendeln. Dann würden Firmen und nun auch Marktinstitutionen nur so viel Energie verbrauchen, so viele digitale Instrumente einzusetzen, so viele Daten produzieren, wie das gesamtgesellschaftlich Nutzen stiftet. Aber im Moment besteht diese Klima-Externalität, dass Energie gesamtgesellschaftlich gesehen zu billig ist, und deswegen wird Digitalität per se erstmal oft als wertvoll betrachtet.

J.G.: *Das klingt schon etwas irre im Moment. Wenn wir jetzt konstatieren, die Energie ist noch zu billig, auf eine Art. Da würden sich viele Leute wahrscheinlich die Haare raufen und sagen: Ich kann doch schon jetzt meine Benzin- und Heizkosten kaum noch zahlen.*

L.H.: Ja – aber da sieht man dann auch wieder, dass man diese ganzen Fragen wirklich auf einer systemischen holistischen Ebene betrachten muss. Ich würde Dir da auch zustimmen: für viele Privatverbraucherinnen und Privat-

verbraucher ist die Energie zu teuer, aber an anderen Stellen im System ist sie viel zu billig. Wir müssen auch für Privatverbraucherinnen und -verbraucher die Frage stellen: Was kann da passieren? Ganz oft geht es um Infrastrukturen, die verändert werden müssen. Ich kann ja, an ganz vielen Stellen, nicht einfach privat für mich entscheiden, ich steige jetzt komplett aus den Energienutzungssystemen aus, die wir als Gesellschaft haben, das würde einen enormen persönlichen Preis erfordern. Ich könnte die allermeisten Berufe nicht mehr ›normal‹ ausüben, oder ein ›normales‹ Leben führen. Da gibt es ganz viele drängende Fragen zu beantworten, wie die Einzelnen in die Lage versetzt werden können, das zu tun, was klimapolitisch notwendig ist, und wie Politik und Endverbraucherinnen und Endverbraucher da zusammenarbeiten können. Aber gleichzeitig ist es so, dass eben, wie Du geschildert hast, die Ausweitung digitaler Tools in anderen Bereichen weiter und weiter und weiter läuft, ohne dass der Energiepreis das irgendwie stoppen würde.

Meines Erachtens hat es auch damit zu tun, dass wir eben zu wenig diese Funktionalitätsfrage stellen: Was ist die Funktion von Energie für Privathaushalte, was ist die Funktion von Energie in anderen Bereichen? Und dann kommt man sehr schnell zu sehr unterschiedlichen Antworten.

J.G.: Das passt sehr gut zur Ausdifferenzierung des Eigentumsbegriffs, den Du eingefordert hast. Dass zudem alte Mechanismen – etwa der Regulation – und Bilder, auch ein Argument von Dir, nicht mehr passen, um das zu beschreiben, was im Moment passiert. Es gilt daher differenziertere Kategorien zu entwickeln, die so gestaltet sein müssen, dass wir uns gesellschaftsübergreifend einigen können, so dass sie verbindlich werden. Viele Dynamiken sind nicht mehr national zu lösen, sondern auch bei der Energiefrage wird das ganz klar: Wir können hier einiges tun, wir müssen einiges tun in Deutschland, ganz ohne Zweifel, und das sehr differenziert, das ist klar, aber letzten Endes müssen wir darüber hinausgehen. Wir müssen diese vernetzte Gesellschaft auch als Chance begreifen, um etwas zu verändern.

L.H.: Lass mich da einen metatheoretischen Gedanken anfügen. Ein Argument, das oft aus ökonomischer Ecke kommt, ist, dass wir innerhalb von Gesellschaften, und erst recht über verschiedene Gesellschaften hinweg, uns nie und nimmer auf den Wertekanon einigen könnten, der notwendig wäre, um solche Entscheidungen zu treffen und dass wir uns deswegen auf Preise verlassen müssen, weil Werte zu individuell und zu verschieden sind. Und wir wollen doch tolerant sein gegenüber Wertpluralismus und so weiter. Das halte ich für eines der am stärksten missverstandenen Argumente – das

übrigens oft gar nicht so offen geäußert wird, eher steckt es implizit in vielen Diskussionen.

Ich glaube dagegen, wir haben sehr wohl geteilte Vorstellungen davon, dass Menschen eben ein gewisses Minimum an Versorgung auch mit Energie, mit Gütern, mit Nahrung und so weiter brauchen. Man kann das, wenn man will, mit dem *Capability*-Ansatz von Sen und Nussbaum (z.B. Sen 1993) fassen, und ich glaube auch, dass da über Ländergrenzen hinweg ein gewisser Konsens gefunden werden könnte. Wir haben ja auch die Menschenrechtserklärung und solche Dinge über Ländergrenzen hinweg formuliert, aber wir müssten es hinkriegen, dass wir diese geteilte Wertebasis mit einer geeigneten Operationalisierung in verschiedenen Kontexten als Grundlage dafür nehmen, wie wir das Wirtschaftssystem organisieren und nicht davon ausgehen, dass sowieso Werte zu unterschiedlich sind und wir deswegen so eine wertgetriebene Betrachtung gar nicht erst starten könnten.

J.G.: *Das ist eine wichtige Pointierung in der Auseinandersetzung, die wir vor vielen Jahren angefangen haben, nämlich darüber nachzudenken, wie Commons genutzt werden können (vgl. Helfrich 2012). Im deutschen System gab und gibt es Allmendweiden. Im nomadischen Kontext kommt es systematisch zur kollektiven Weidenutzung (vgl. Gertel 2015c) und Elinor Ostrom hat 2009 den Wirtschaftsnobelpreis dafür erhalten, dass sie die Subsidiaritätsprinzipien, die in lokalen Gemeinschaften angewendet werden, analysiert hat: nämlich unter anderem: Wie kann und sollte Verantwortung den Nutzern zugeschrieben werden, um kollektive Ressourcen gemeinsam nachhaltig zu nutzen und dabei auch in Haftung zu treten? Ich glaube, das ist ein schöner Gegenentwurf dafür, dass immer alles nur global geregelt sein muss. Daher: Nicht alles muss in globaler Übereinkunft erzielt werden, sondern es ist wichtig zu verstehen, wann und wie Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzipien greifen.*

L.H.: Genau, aber letztlich brauchen wir trotzdem den Konsens darüber, dass zum Beispiel das Überlebensrecht hungernder Kinder irgendwo auf der Welt schwerer wiegt als das Eigentumsrecht irgendeines Pensionsfonds an irgend-einem Aktienanteil. Das müssen wir hinkriegen, dass dieser Konsens da ist, dann kann man sehr vieles sicher lokal ausdifferenzieren. Aber im Moment sind auf der ganz globalen Ebene die Prioritäten komplett umgedreht und das macht es dann auch schwerer, solche lokalen kreativen Lösungen zu finden.

J.G.: *Das Stichwort Priorisierung passt jetzt gut. Angesichts der dramatischen Klimaveränderungen sind in der kommenden Dekade laut IPCC (Intergovernmental Panel on*

Climate Change) deutliche Produktionseinbrüche und Qualitätsminderungen bei Weizen in den Anbaugebieten zu erwarten, die bisher Exportgetreide zur Verfügung gestellt haben, also etwa Frankreich, Ukraine, USA, Kanada und Australien. China produziert auch sehr viel Getreide, aber verbraucht es quasi komplett selbst und importiert sogar noch dazu. Dies kombiniert sich mit kapitalintensiver, produktivistischer Landwirtschaft sowie deren Protagonisten, also Befürworter einer technoliberalen Entwicklung, inklusive der entsprechenden Agrarlobby, die den Bemühungen einer kleinbäuerlichen, souveränen und nachhaltigen Landwirtschaft häufig entgegenarbeiten. Die Frage wäre also: Die Kopplung von Technoliberalismus mit wachsenden Umweltproblemen, hohem Energieverbrauch, und wachsender Gewalt, führt zu Produktionseinbrüchen und Preissteigerung bei Getreide und somit zu Verteilungskämpfen und zu Hunger als Waffe, wie wir das auch in Nordafrika, das hier im Fokus steht, erleben. Es stellt uns in der Wissenschaft vor neue Herausforderungen. Wissen ist Macht. Inwieweit sollte privatisierte und interessengeleitete Forschung daher klassifiziert und als solche kenntlich gemacht werden? Und: Welche Lernkurven und inhaltlichen Expertisen sind in Ministerien und politikberatenden Think Tanks zu verankern?

L.H.: Ich hatte es ja vorhin bereits angesprochen, dass ich es immer sehr wichtig finde, dieses schwierige Nebeneinander von Demokratie und Kapitalismus in unseren Gesellschaften im Blick zu behalten. Und was mich in letzter Zeit sehr beschäftigt hat, das ist, welche Rolle Wissen genau an dieser Schnittstelle oder in diesem Konflikt spielt (Herzog 2023). Man hat vielleicht manchmal so ein naives Bild von Politik, dass Politik daraus besteht, dass alle sich erstmal auf gewisse Fakten einigen, und danach um Werte und Interessen kämpfen. Aber so ist das ja seit Jahrzehnten schon nicht mehr, sondern die Fakten selbst werden Teil des politischen Kampfes.

Historikerinnen und Historiker haben in den letzten Jahrzehnten sehr genau aufgearbeitet, wie gnadenlos dieser Kampf teilweise auch von Seiten großer, mächtiger Firmen geführt wird. Es gibt den Begriff der »Tabak-Strategie,« weil die Tabakindustrie eine der ersten war, die hierfür bekannt wurde. Als offensichtlich wurde, dass Rauchen gesundheitsschädlich ist und als aus Gemeinwohlperspektive Regulierung dringend geboten war, haben die Tabakkonzerne es mit Lobbyarbeit und mit Bezahlungen von einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geschafft, Regulationen und Sanktionen jahrzehntelang hinauszuzögern, so dass der Konsens, der in der Wissenschaft da war, sich nicht in die Politik übersetze (siehe z.B. Oreskes & Conway 2010).

Gleichzeitig haben wir Jahrzehnte des neoliberalen Denkens, demzufolge Märkte überhaupt die besten Wissensverarbeitungsmaschinen sind, die es je

gab. Das ist Hayek, ganz klassisch (z.B. Hayek 1945). Und da steckt teilweise ein Bild dahinter, demzufolge alle Formen von Wissen, die für die gesamte Gesellschaft relevant sein könnten, die aber auch eingesetzt werden könnten, um Märkte zu regulieren, per se verdächtigt sind. Da wird immer unterstellt, das seien sicher nur einzelne Interessensgruppen, die mit solchem Wissen an die Öffentlichkeit gehen. Das Wissen dagegen, das in Märkten verarbeitet wird, sitzt dezentral an allen möglichen Stellen und deswegen müssen wir uns auf diese automatische, spontane Ordnung des Marktes verlassen, um Wissen zu verarbeiten. Ein berühmter Text von Hayek heißt ja »*The Pretence of Knowledge*« (Hayek 1974) – die Vorstellung, dass wir etwas über die gesamte Gesellschaft aussagen könnten, sei deswegen schon per se fehlgeleitet.

Meines Erachtens ist das ein schwerwiegender Fehlschluss, weil es einfach unterschiedliche Wissensarten sind, um die es hier geht, und es stimmt, dass es bestimmte Wissensformen gibt, die dezentral vorliegen und die man, zumindest vor Zeiten des Internets, nicht so einfach zentral abfragen konnte. Aber andere Formen von Wissen sind überhaupt nicht gut durch Märkte bereitstellbar. Ich glaube, an ganz vielen Stellen benötigen wir vielmehr Gegenmacht durch demokratisches Gegenwissen, gegen das Wissen, das von Firmen erzeugt und teilweise aufgekauft, teilweise aber auch in der Schublade gehalten wird, je nachdem, wie es ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht. Da wird mit sehr harten Bandagen gekämpft, was zum Beispiel die Patentierung von Wissensformen angeht.

Im Bereich Nahrungsmittelerzeugung ist die Patentierung von Saatgut ein ganz großes Thema (vgl. bereits Shiva 1997). Da gibt es eine kleine Bewegung, die versucht, patentfreies Saatgut in Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Indigenen, kleinbäuerlichen Akteuren und so weiter, bereitzustellen, um zu verhindern, dass das Saatgut und quasi die DNA dieser Pflanzen aus den Commons herausgenommen und nur noch privatisiert wird.⁵ Das ist ein Feld, wo diese Kämpfe ganz massiv stattfinden.

Was in den Ministerien und Think Tanks passieren muss, das finde ich eine interessante Frage – ich kann dazu nicht so viel sagen, weil ich dazu keine Studien kenne und wenig eigene Erfahrung damit habe. Aber ich denke schon, dass mehr Bewusstsein darüber nötig ist, mit wem man eigentlich spricht und wo diese jeweiligen Akteure herkommen. Auch in der Wissenschaft müsste einiges passieren, also im Bezug auf die Offenlegung von Interessenskonflikten, oder auch die Frage nach Finanzierungen: wer wird von wem bezahlt, wer hat

⁵ Siehe <https://osseeds.org/about/>, <https://www.opensourceseeds.org/en>.

Interessensverflechtungen durch irgendwelche geförderten Kongresse, solche Dinge. Von Sheila Jasanoff gibt die Formulierung, dass Wissenschaft die fünfte Macht in demokratischen Gesellschaften ist (Jasanoff 1990), und wenn das so ist – und ich glaube, das stimmt in vielen Fällen – dann muss die sich selbst regulieren und muss sich Regeln geben und muss auch Wege finden, mit Verstößen dagegen umzugehen.

Ein zweiter Punkt betrifft *Think Tanks* und Regierungen: Wir bräuchten, glaube ich, an viel mehr Stellen Prozesse, wie sie der IPCC für den Klimawandel vorgemacht hat, denn die Wissenschaft ist so ausdifferenziert und alle sitzen in den eigenen disziplinären Paradigmen und den eigenen Communities, so dass es enorm schwierig ist, das größere Bild entstehen zu lassen. In Bezug auf Märkte oder auf soziale Ungleichheit benötigen wir genauso eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Studien der verschiedenen disziplinären Perspektiven, bis hin zur medizinischen Forschung. Das wird teilweise auch versucht, aber es ist noch nicht so gut eingespielt und etabliert wie beim IPCC.

Wenn die Wissenschaft sich immer weiter ausdifferenziert, dann kann natürlich auch jeder Akteur sich die eine Studie oder das eine Argument rauspicken, das gerade die eigenen Argumente unterstützt. Wir brauchen für die Politikberatung diese eher synthetische Arbeit, um zu versuchen, ein Gesamtbild zu zeichnen und daraus dann Empfehlungen abzuleiten. Dabei müssen alle relevanten Perspektiven berücksichtigt werden, egal, wo im disziplinären Kanon sie stehen, und auch Formen des Wissens von jenseits der akademischen Welt müssen gegebenenfalls berücksichtigt werden.

J.G: *Das ist ein deutlicher Hinweis auf einen paradigmatischen Wechsel: wie Wissen aus einer individuellen Produktionsleistung – Forschung als Herzensangelegenheit eines einzelnen Forschers – in eine Netzwerkforschung zu überführen ist; und wie gemeinsam an Forschungsfeldern zu denken ist, wie von verschiedenen Seiten dazu beigetragen werden kann. Dabei sollte gelten, dass dieses Wissen als »vorläufig endgültig« angesehen wird, also mit einem Verfallsdatum versehen ist. Festzustellen wäre: dies ist jetzt Konsens. Der mag sich ändern. Das passt zur Idee aus der Ökologie zu Shifting Baselines (Busse 2019), wenn zunächst eigenes Erfahren als Referenz der Umweltwahrnehmung angenommen wird und dann im Älterwerden feststellt wird, dass das Artensterben, das ich jetzt erlebe sich bereits auf viel weniger Arten bezieht – und damit neue beobachtete Veränderungen auf andere Ausgangspunkte referenzieren als die, die Generationen vorher noch erlebt haben. Das zeigt veränderte Grenzziehungen, die es gut zu dokumentieren gilt. Deshalb finde ich das Argument ein sehr kluges Argument, dass in der Wissenschaft eine andere Form der Regulierung sinnvoll ist, die uns auch anhält interdiszipli-*

när stärker zusammenzuarbeiten und an bestimmten Punkten gemeinsames Wissen als verbindlicher kennzeichnet. Das müsste auch für Fragen der Marktregulierung gelten.

L.H.: Es ist natürlich allgemein, und es klingt vielleicht nach diesem Appell: bitte mehr *Diversity!* Aber ich glaube wirklich daran: die Wissenschaft muss intern noch diverser werden und muss noch viel mehr anerkennen, wie stark unsere westliche, relativ reiche Lebensform unsere Vorannahmen prägt, so dass unsere Forschungsergebnisse oft die speziellen Produkte unserer Lebensform sind, und vieles in Ländern des Globalen Südens, und in anderen Kontexten, ganz anders aussieht. Also ich glaube, da gibt es auch noch ganz viel Arbeit zu leisten, um die eigenen blinden Flecken besser zu verstehen und besser zu erkennen: das ist jetzt *eine* mögliche Perspektive, und hier ist eine ganz *andere*, und diese eröffnet vielleicht auch wieder ganz neue Möglichkeiten. Also auch voneinander lernen über Disziplingrenzen und Ländergrenzen hinweg. Und was der IPCC auch macht, und was ich ganz großartig finde, ist, nicht nur akademische Wissensformen mit aufzunehmen, sondern auch zu fragen, welche anderen Wissensformen es vielleicht auch noch gibt, die ebenfalls wichtig sein könnten, z.B. indigenes Wissen.

Wie man das dann aber an die Öffentlichkeit und in die Politik und in andere Bereiche tragen kann – ich glaube, da müssen wir dann nochmal mit den Kommunikationswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern reden! Wie das sinnvoll erfolgen kann, ohne die Eigenlogik anderer sozialer Sphären negieren zu wollen. Was ich im Moment beobachte – weniger unter den ausgebildeten Ökonominnen und Ökonomen, als unter Personen, die ein bisschen mit Ökonomie zu tun haben – ist, dass immer noch die Paradigmen von vor 30 Jahren vorherrschen und sie implizit mitgeschleppt werden. Wenn wir da beschleunigen, also Fortschritte erzielen in dem Sinne, dass die Ideen, die eigentlich forschungsmäßig schon passé sind, nicht mehr als Zombies weiterleben, das wäre schon sehr viel wert.